

Antrag

der AfD-Fraktion

Energiepartnerschaft im Bereich Kernenergie zwischen Sachsen, Tschechien und Polen statt Windräder im ländlichen Raum

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Im ländlichen Raum Sachsens stößt der Ausbau von Windkraftanlagen auf eine mehrheitliche und seitens der Anwohner sogar auf eine deutliche Ablehnung. Zahlreiche Umfragen und kommunale Rückmeldungen zeigen das massive Akzeptanzproblem der Windenergie einhergehend mit berechtigten Sorgen um Landschaftsbild, Natur- und Artenschutz sowie die Wahrung der Lebensqualität. Angesichts der steigenden Energiepreise und der notwendigen Sicherstellung einer zuverlässigen Energieversorgung, sieht sich der Freistaat Sachsen in der Verantwortung, nachhaltig tragfähige Lösungen für die künftige Energieversorgung zu entwickeln.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, Gespräche mit den Regierungen Tschechiens und Polens über eine strategische Energiepartnerschaft zur Nutzung und zum Bezug von Kernenergie aufzunehmen.

Begründung:

Bis Ende 2024 waren in Sachsen 852 Windkraftanlagen installiert.¹ Laut Energiedaten des Jahres 2022 lag der Beitrag der Windkraft am sächsischen Primärenergieverbrauch mit 7.252 Terajoule bei nur 1,1 Prozent (Gesamt: 652.738 Terajoule).² Die Energiewende in der aktuellen Form ist gescheitert. Um 10 Prozent des sächsischen Energieaufkommens aus Windkraft zu gewinnen, wären etwa 6.800 zusätzliche Windräder nötig – auch wenn neuere, größere Anlagen höhere Erträge liefern, bleibt die erforderliche Größenordnung enorm. Eine solche flächendeckende Ausweitung der Windenergie würde naturnahe Landschaften massiv beeinträchtigen und Windkraftanlagen näher an ländliche Siedlungen heranrücken. Das gefährdet die Akzeptanz und verstärkt den Stadt-Land-Konflikt.

¹ Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28351/umfrage/anzahl-der-windenergieanlagen-in-sachsen-seit-1991/>, zuletzt abgerufen am 14.07.2025.

² Siehe https://www.energie.sachsen.de/download/CMS/EB_2022_Energieeinheiten_endg.pdf, zuletzt abgerufen am 14.07.2025.

Für Netzstabilität müssen zu jeder Zeit Stromangebot und -nachfrage exakt ausgeglichen sein. Das Stromnetz besitzt keine Speicherfunktion und großtechnische Speicher sind absehbar nicht verfügbar. Windstrom ist hochgradig wetterabhängig und erfordert vollumfängliche Backup-Kapazitäten, etwa durch Gaskraftwerke und Wasserstoffelektrolyseure für Überschüsse. Diese Dreifachstruktur ist weder ökologisch noch wirtschaftlich oder gesellschaftlich tragbar. Die Energiepolitik muss sich wieder an konkreten Bedürfnissen von Bevölkerung, Wirtschaft und internationaler Konkurrenz ausrichten.

Der jüngste Bericht des Weltenergierats ist alarmierend:³ Eine Mehrheit von Experten aus 50 Ländern bewertet die deutsche Energiewende kritisch, besonders den Ausstieg aus der Kernenergie. Kein EU-Experte hält einen solchen Ausstieg im eigenen Land für nachahmenswert. Kernenergie gilt international als bewährte, CO₂-freie, grundlastfähige und wetterunabhängige Großtechnologie. Zudem sehen 59 Prozent der Befragten Deutschland als unzuverlässigen Partner in der grenzüberschreitenden Energiepartnerschaft.

Eine strategische Energiepartnerschaft im Bereich Kernenergie zwischen Sachsen, Tschechien und Polen stärkt die sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Die breite Ablehnung weiterer Windräder im ländlichen Sachsen zeigt: Versorgungssicherheit gelingt nur dialogorientiert und mit gesellschaftlich akzeptierten Technologien wie der Kernenergie im Energiemix. Der Vorstoß von Markus Söder beim Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Petr Fiala am 12. Dezember 2024 in Prag war ein klares Signal: Das beschlossene Memorandum betont die Bedeutung gemeinsamer Projekte für sichere, verlässliche Stromversorgung und zukunftsweisende Technologien. Sachsen sollte hier ebenfalls Vorreiter und konstruktiver Partner auf Augenhöhe sein. Denkbar wäre, eine entsprechende Projektgruppe, die sich für die Beteiligung an der Ausgestaltung gemeinsamer grenzüberschreitender Energieprojekte zusammen mit den polnischen / tschechischen Vertretern einsetzt.

Internationale Kooperationen sind ein zentraler Bestandteil der deutschen Energie- und Klimapolitik, um die nationalen und weltweiten Klimaziele zu erreichen. Gemäß § 3 Absatz 3 des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) bleibt die Möglichkeit unberührt, die nationalen CO₂-Reduktionsziele im Rahmen von staatenübergreifenden Maßnahmen zu erreichen. Das ermöglicht es Sachsen, flexibel auf internationale Entwicklungen zu reagieren und Synergien mit anderen Ländern zu nutzen.

Dresden, 01.09.2025

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 01.09.2025

³ Siehe <https://www.welt.de/wirtschaft/weltplus/plus256327838/Weltenergieerat-Erfolglos-Das-harte-Experten-Urteil-ueber-die-deutsche-Energiewende.html>, zuletzt abgerufen am 14.07.2025.